

duktion, Krise und Inflation richten ständig Tausende Kleinunternehmer, Gewerbetreibende und Bauern zugrunde, setzen sie also frei von Eigentum, von Grund und Boden. Wer aber die Eigentumsfrage im Interesse der eigentumslosen Massen, im Sinne der Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft stellt, der wird zum Feind der ach so „freiheitlichen Ordnung“ gestempelt und verfolgt.

Und wie sieht es aus mit den laut gepriesenen unverzichtbaren politischen Freiheitsrechten, die angeblich jeder Bürger der kapitalistischen Staaten genießt? Auch hierzu finden wir bei Lenin die treffende, vom realen kapitalistischen Alltag bestätigte Antwort: „Ihr habt vergessen, daß eure Freiheit in einer Verfassung geschrieben steht, die das Privateigentum legalisiert. Das eben ist der springende Punkt.“<sup>(8)</sup>

Auf der Grundlage privatkapitalistischen Bodenwuchers und Wohnungsbaus hat der Bürger das Recht, „frei zu wohnen“ und dem „freien Sprung“ der Mieten zu folgen oder nicht. Die Zeitung des DGB „Welt der Arbeit“ schreibt dazu: „Die freie soziale Marktwirtschaft frißt ihre Mieter... Wer nicht zahlt, gilt als gekündigt. Im Grunde ist der Mieter einer ‚freien‘ Wohnung vogelfrei.“ Hunderttausenden bleibt die Freiheit, in Elendsquartieren zu vegetieren und sich als asozial beschimpfen zu lassen.

Zeitungen und Druckereien, überwiegend in den Händen marktbeherrschender Konzerne, lassen Millionen Lesern zum Beispiel in der BRD die „Wahl der freien Presse“ zwischen Springers „Bild“ und Springers „Welt“

Im Namen „freier Informationen“ hämmern diese Blätter täglich in Millionen-Auflage die antikommunistische Lüge vom „freiheitsfeindlichen“ Sozialismus in die Hirne, kolportiert die reaktionäre CDU/CSU die Losung „Freiheit oder Sozialismus“ als angebliche Entscheidung des Jahrhunderts, von der Leben oder Tod der Menschheit abhängt und behauptet dann gewissenlos, die Mehrheit der Bundesbürger habe die „freie Meinung“, Sozialismus und Freiheit schlossen einander aus. Hier herrscht nicht „Freiheit der Information“, sondern Volksverdummung, die Freiheit der monopolistischen Meinungsmacher, wie Lenin schreibt, „das Volk mit dem Fusel der bürgerlichen Zeitungslügen betrunken zu machen.“<sup>(9)</sup> Die Freiheit, an der Staatspolitik teilzunehmen und die ökonomische, soziale, politische und geistig-kulturelle Entwicklung der Gesellschaft mitzubestimmen, ist in den kapitalistischen Ländern kein allgemeines Menschenrecht. Zwar hat der „freie“ Staatsbürger in „freien“ Wahlen das Recht, einer der Parteien seine Stimme zu geben, die sich als „wahre Verfechter der Frei-

heit“ in konservativer, liberaler oder sozialreformistischer Variante anpreisen, doch über die von den Monopolen bestimmte Politik und damit über die für sich und seine Familie lebenswichtigen Fragen entscheidet der Wähler nicht. Wie sich in der BRD erneut zeigte, bleiben auch nach der Wahl die Arbeitslosen ohne Arbeit. „Die Preise, die Mieten sind nicht niedriger geworden. Die Schulabgänger haben nicht mehr Arbeitsplätze als vorher. Die Teuerung treibt weiter ihre Blüten.“<sup>(7)</sup>

Die Entscheidungen fallen hinter den Kulissen, in den Gremien der Konzerne und Unternehmerverbände. Sie dirigieren den politischen Machtapparat, finanzieren Parteien und bestechen Abgeordnete, ziehen die Fäden des Unterdrückungs- und Manipulierungsmediatismus, um den Einfluß der revolutionären Partei der Arbeiterklasse unter den Massen des Volkes zu verhindern. Nur gegen den erbitterten Widerstand der Herrschenden kann sich die Arbeiterklasse einen gewissen Einfluß auf die Politik erobern. Freiheit im Kapitalismus erlangt das werktätige Volk nur in dem Maße, wie es sich entschlossen erkämpft.

## Selbst die bürgerliche Freiheit wird zu einer Farce

Besorgt prangern Vertreter der bürgerlichen Intelligenz an, daß der „verbale Tumult um die Freiheit“, mit dem die Politiker dem Volk die Gehirne vernebeln, auf „dem schlechten Gewissen einer Gesellschaft beruht, die ... zu viele Freiheiten eingeschränkt hat“. Sie registrieren, daß sich hinter dem Geschrei von der „freiheitlichsten Gesellschaft“ eine erschreckende geistige und politische „Aufrüstung gegen die Freiheit“ vollzieht. Kleine Grüppchen von „Terroristen“ müssen herhalten, um die bür-

gerlichen Freiheitsrechte für Millionen zu beschneiden.

Seit Herbst 1969 wurden in der BRD 52 Gesetze zur „inneren Sicherheit“, zur Absicherung der Monopolherrschaft gegen die nach Freiheit strebenden Volkskräfte, erlassen. Seit dem berüchtigten „Radikalen-Erlass“ vom Jahre 1972 gegen „Verfassungsfeinde“ wird eine Hetzjagd totaler Gesinnungsschnüffelei betrieben.

Wer nur verdächtig erscheint, die Herrlichkeit des Ausbeuterparadieses in Frage zu stel-